

Verletzte bei Auseinandersetzung an südafrikanischer Goldmine

Mordanklage wegen „Massakers von Marikana“ ausgesetzt

tos. JOHANNESBURG, 3. September. Bei neuen Zusammenstößen zwischen streikenden Bergarbeitern und Sicherheitskräften in einem südafrikanischen Bergwerk sind am Montag mindestens vier Menschen durch Gummigeschosse verletzt worden. Betroffen war das Goldbergwerk Modder East in Springs rund 30 Kilometer außerhalb von Johannesburg. Nach Informationen eines Sprechers des Konzerns Gold One, zu dem die Mine in Springs gehört, hatten mehr als 200 bewaffnete Männer am Montagmorgen versucht, einen der Schächte mit Gewalt zu blockieren. Bei den Kumpeln soll es sich um ehemalige Mitarbeiter von Gold One handeln, die im Juni mit der Hälfte der Belegschaft nach einem Streik entlassen worden waren.

Ein Sprecher der südafrikanischen Polizei sagte, die Beamten hätten Gummigeschosse einsetzen müssen, um die Blockierer davon abzuhalten, auf ihre früheren Kollegen loszugehen. Der ehemalige Führer der Jugendliga des „African National Congress“ (ANC), Julius Malema, hatte die Kumpel in Springs in der vergangenen Woche aufgefordert, die Mine „unkontrollierbar“ zu machen. Auch in einer Goldmine des Anglo-American-Konzerns nahe Johannesburg streiken seit Freitag vergangener Woche rund 12 000 Kumpel für mehr Lohn.

Unterdessen wurde bekannt, dass die 270 Bergarbeiter, die nach dem blutigen Ende des Streiks in der Platinmine in Marikana vor rund zwei Wochen festgenommen worden waren, vorerst nicht wegen Mordes angeklagt werden. Die Staatsanwaltschaft gab am Sonntag bekannt, die Klage wegen Mordes in 44 Fällen werde bis zum Ende der Ermittlungen ausgesetzt, könnte danach aber wieder erhoben werden. Die meisten der 270 Kumpel sollten am Montag auf freien Fuß gesetzt werden. In Haft sollten nur diejenigen bleiben, deren Wohnsitz noch nicht ermittelt werden konnte.

Bei dem Streik waren insgesamt 44 Menschen getötet worden, zehn durch die Hand gewalttätiger Streikender und 34 weitere, als die Polizei das Feuer auf die streikenden Arbeiter eröffnet hatte. Die 270 inhaftierten Kumpel waren daraufhin auf der Grundlage eines Gesetzes, das noch aus Zeiten der Apartheid stammt, wegen Mordes angeklagt worden. In der Apartheid-Ära war das Gesetz dazu benutzt worden, den Rückhalt für den ANC in der Bevölkerung zu schwächen, weil die Teilnahme an einer Demonstration, bei der Demonstranten von der Polizei erschossen wurden, für die Teilnehmer mit einer Mordanklage enden konnte. Das Gesetz wurde nie abgeschafft.

Justizminister Jeff Radebe hatte nach der Anklageerhebung eine Erklärung von der Staatsanwaltschaft verlangt. Die Anwälte der Inhaftierten hatten Präsident Jacob Zuma aufgefordert, Einfluss auf die Staatsanwaltschaft zu nehmen, um die Mordanklagen fallenzulassen. Zuma hatte dies am vergangenen Samstag mit dem Hinweis auf die Unabhängigkeit der Justiz abgelehnt. Allerdings hat er eine Untersuchungskommission eingesetzt, um die Hintergründe des „Massakers von Marikana“ zu klären. Deren Bericht wird für Januar kommenden Jahres erwartet.